

RATHAUSREPORT

Letzte Chance für das Minsk?

Stadtverordnete verweisen LINKEN-Antrag in die Ausschüsse

Wieder einmal hatte die Debatte um ein Potsdamer Zeugnis der DDR-Architektur in den letzten Tagen bundesweit Aufmerksamkeit erregt. Denn auch das ehemalige Terrassenrestaurant "Minsk" droht der Neubebauung des Brauhausbergs zum Opfer zu fallen. Im laufenden Ausschreibungsverfahren für die drei Grundstücke - die Areale des Minsk, der alten Schwimmhalle und der Hanglage oberhalb - liegt das Höchstgebot bei 27 Mio. Euro. Bedingung: das "Minsk" soll weichen. Erwartet und für die Gegenfinanzierung des Badneubaus eingeplant hatten die

Stadtwerke ursprünglich 6 Mio. Euro. Ein weiterer Bieter - der Potsdamer Investor Jan Kretzschmar - hat insgesamt 12,7 Mio Euro geboten und den Erhalt des Minsk eingeplant. Der Spielraum für den Erhalt ist also gegeben - beide Angebote liegen deutlich über der ursprünglichen Erlös-Erwartung. DIE LINKE. hatte

deshalb beantragt, dass die drei Grundstücke einzeln vergeben und für das "Minsk"-Los der Erhalt des Gebäudes und eine zumindest teilweise öffentliche Nutzung gesichert wird. Hans-Jürgen Scharfenberg machte für DIE LINKE. deutlich, dass die Entscheidung über den Verkauf des Grundstücks vor allem eine Frage der Stadtentwicklung und weniger eine finanzpolitische Frage sein sollte. Die Vorgaben zur Refinanzierung des Badneu-

baus könnten in jedem Fall auf Basis der vorliegenden Angebote erfüllt werden.

Interessierte Kreise hatten sich in der öffentlichen Debatte der letzten Tage unter Verweis auf die möglichen Einnahmen für einen Verzicht auf das „Minsk“ stark gemacht. Außerdem wurde kritisiert, dass das Gebäude in der Kretzschmar-Planung ohnehin nur noch von der Straße am Brauhausberg aus sichtbar sei. Dieses Einwands nahmen sich die Grünen in einem Ergänzungsantrag an. Sie wollen den B-Plan noch einmal so ändern, dass die Erlebbarkeit des "Minsk" vom FuÙe



Foto: Architekturheft der DDR, 10/1979

des Brauhausberges aus gesichert bleibt. Beide Anträge wurden nun zur erneuten Beratung in den Bau- und Hauptausschuss überwiesen und werden damit frühestens im Mai entschieden. Zunächst also gibt es noch eine Gnadenfrist für das Minsk - und die Chance für die Stadtverordneten zu zeigen, ob Geld das einzige Kriterium für wichtige Entscheidungen zur Stadtentwicklung sein muss.

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

mehrere fraktionsübergreifende Anträge, eine insgesamt lockere, ja freundliche Atmosphäre und ein zügiger Beratungsstil kennzeichneten die Sitzung, die bereits gegen 18.00 Uhr beendet war.

Allerdings zeigte sich bei der Beratung des Antrages der LINKEN und DER aNDEREN zum Erhalt des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ die für solche Themen übliche „Schlachtordnung“. Während die Linksfraktion, DIE aNDERE und die Bündnisgrünen sich für dieses Anliegen einsetzen, waren SPD und CDU nicht einmal bereit, diesen Antrag in die Ausschüsse zu überweisen. Ein schlechter Stil, der jedoch keine Mehrheit fand. Da der weitere Umgang mit dem „Minsk“ bisher lediglich als reine Grundstücksverwertung, aber nicht als Frage der Stadtentwicklung behandelt worden ist, entschied sich eine Mehrheit aus LINKEN, DIE aNDEREN, Bündnisgrünen und Bürger-Bündnis für die Behandlung in den Ausschüssen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Ausschussberatung nicht als reine Kraftprobe betrachtet wird, sondern als echte Chance für eine inhaltliche Diskussion über die künftige Nutzung des „Minsk“ und über eine mögliche Umverteilung der geplanten Geschossflächen für die künftige Wohnbebauung des Brauhausbergs. Da die in jedem Fall zu erwartenden Grundstückserlöse wesentlich über den ursprünglich geplanten sechs Millionen Euro liegen werden, ist sowohl der Zuschuss zur Finanzierung des Badneubaus als auch der Erhalt des „Minsk“ realisierbar.



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Ökologische Stadtpolitik ist soziale Stadtpolitik

Vier Jahre Vorsitz des Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung liegen jetzt hinter mir. Wir führten und führen immer wiederkehrende Debatten zum schwindenden Stadtgrün, Einsatz von nachhaltigen



Produkten, Verzicht auf Pestizide, Ausbau von Radewegen, zu hohem Müllaufkommen, Plastik oder Individualverkehr. All diese Themen, so klein und banal sie auch punktuell daher kommen mögen, haben direkten Einfluss auf das Klima. Klima wirkt nie nur lokal, sondern immer auch global. In der letzten Tagung des Klimarates sprach der Leiter des PIK zur Entwicklung des Weltklimas. Sein eindrückliches Fazit stellte klar, dass wir bereits unumkehrbare negative Kippunkte des weltweiten Klimawandels erreicht haben. Diese lassen sich jetzt bereits nicht mehr umkehren. Deren Auswirkungen werden die Weltgemeinschaft bis hin in jede noch so kleine Kommune in Deutschland vor massive soziale Herausforderungen stellen. Im Umgang mit unserer Umwelt, unserem konkreten ökologischen Handeln vor Ort, werden wir die Frage beantworten: In welcher Welt wollen wir leben? Daher ist es äußerst wichtig, dass Potsdam seine Ziele als Masterplankommune 100 % Klimaschutz nicht nur plant, sondern stringent umsetzt und konsequent in allen Fachbereichen mitdenkt. Dafür wird die Fraktion sich weiterhin in ihren Debatten und Anträgen intensiv einsetzen.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender KOUL

Kita-Gesetz: Klares Signal an die Landespolitik

In die Kita-Debatte kommt in Potsdam, wie auch in vielen anderen Kommunen im Land kaum zur Ruhe. Im Zuge der Einführung des beitragsfreien letzten Kitajahres plant das Land Brandenburg eine Novellierung des Kita-Gesetzes. In einem fraktionsübergreifenden Antrag von SPD, CDU/ANW, LINKEN, Grünen und DER aNDEREN begrüßten die Stadtverordneten dieses Vorhaben. Aus der Debatte der letzten Monate in Potsdam heraus formulierten sie allerdings auch eine klare Erwartungshaltung an das Land. Deshalb wurde der Oberbürgermeister mit dem einstimmig gefassten Beschluss aufgefordert, sich beim Land im Rahmen der Gesetzesnovelle für vier Punkte stark zu machen: Die Erhebung von Elternbeiträgen soll so geregelt werden, dass eine soziale Staffelung ohne finanzielle Mehrbelastungen für die Kommune möglich bleibt.

Das Land soll mit der Einführung einer dritten Stundenstufe die real bestehenden Betreuungsbedarfe auch in der Finanzierung der Einrichtungen berücksichtigen. Die Einnahmeverluste durch das elternbeitragsfreie Kita-Jahr sollen für die Kommunen

vollständig kompensiert werden. Die Regelungen in §16(2, 3) und §17(2) zur Umlagefähigkeit von Kosten für Grundstücke und Gebäude auf die Elternbeiträge sollen so eindeutig gefasst werden, dass eine rechtssichere Handhabung möglich wird.



Hier besteht aus Sicht der Stadtverordneten noch Nachbesserungsbedarf im vorliegenden Gesetzentwurf. Das Anliegen wurde als Dringlichkeitsantrag verabschiedet, da bereits am nachfolgenden Donnerstag die Anhörung zum Gesetzentwurf im zuständigen Fachausschuss des Landtags stattfand.

Fragen – Antworten

Wirtschaftlichkeitsnachweis Staudenhof

Im Zuge der Entscheidungen zur Entwicklung der Potsdamer Mitte war festgelegt worden, dass mit einer Wirtschaftlichkeitsberechnung geprüft werden soll, ob Erhalt und Sanierung des Wohnhauses am Alten Markt 10 oder ein Neubau mit mindestens der gleichen Anzahl Wohnungen unter vergleichbaren sozialen Bedingungen die günstigere Variante darstellen. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE.) wollte nun wissen, wann die Ergebnisse vorliegen werden. Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt teilte mit, dass die Untersuchung erst für 2020 vorgesehen sei, da die Nutzung des Gebäudes bis 2022 fixiert ist und auf die dann aktuellen Bedingungen eingegangen werden solle. Hans-Jürgen Scharfenberg legte Wert darauf, dass die Ergebnisse noch in der laufenden Legislatur, möglichst 2018 vorgelegt werden sollen. Die Verwaltung sagte eine erneute Prüfung der Zeitplanung zu.

Anliegerbeiträge Straßenbau

Nach dem Verzicht Schleswig-Holsteins auf eine zwingende Erhebung von Anliegerbeiträgen im Straßenbau ist bundesweit und auch in Brandenburg eine Diskussion dazu in Gang gekommen. Hans-Jürgen Scharfen-

berg erkundigt sich deshalb nach der Einschätzung der Verwaltung zu den aktuell noch geltenden gesetzlichen Vorgaben. Bernd Rubelt betont die aus seiner Sicht bestehende Mitverantwortung der anliegenden Grundeigentümer, deren Immobilien durch den Straßenausbau eine Werterhöhung erfahren. Er verweist darauf, dass sich die finanzielle Ausstattung der Gemeinden für die Erfüllung dieser Aufgaben nicht verschlechtern solle. Daran müsse sich die Debatte über alternative Modelle der Beitrags-erhebung orientieren.

Kostenloses Schulessen

Seit dem Schuljahr 2017/18 gilt ein vereinfachter Zugang zu kostenlosem Schulessen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Hans-Jürgen Scharfenberg wollte von der Verwaltung erfahren, wie sich die Zahl der Nutzer*innen derzeit darstellt. Die Beigeordnete für Bildung, Noosha Abuel teilte mit, dass derzeit ca. 2.200 Schüler*innen ein kostenfreies Mittagessen erhalten. Das entspricht ca. einem Drittel der überhaupt an der Mittagsversorgung teilnehmenden Kinder. Ergänzend verweist sie auf die im neuen Koalitionsvertrag der Bundesregierung geplante perspektivische Abschaffung von Eigenbeiträgen für die Versorgung in Kita, Schule sowie für die Schülerbeförderung, was zu einer Entlastung der Kommunen führen würde.

Baulärm an der Garnisonkirche

Dr. Karin Schröter will wissen, welche Vorgaben der Stadt zum Schutz vor Erschütterungen und Lärmemissionen in Bezug auf die Baustelle Garnisonkirche bestehen. Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt führt aus, dass die gesetzlichen Regelungen und Vorschriften für alle Baustellen und Bauherren gleichermaßen gültig seien. Eine Spezialregelung für diese Baustelle existiere nicht. Erkenntnisse über mögliche Verletzungen dieser Regelungen liegen der Stadt aktuell nicht vor. Sollte es durch Erschütterungen im Rahmen der Bautätigkeit zu Schäden bei Dritten kommen, würden diese direkt zwischen Geschädigtem und Bauherren reguliert. Eine Einflussmöglichkeit der Stadt sei hier nicht gegeben.

Beschlossen

Vereinsheim Fortuna Babelsberg

Nachdem DIE LINKE. zunächst im Doppelhaushalt 2018/19 insgesamt Mittel von 120.000 Euro für das Vorhaben gesichert hatte, wurde nun mit dem Ursprungsantrag auch der weitere Weg beschlossen. In diesem Jahr wird der KIS eine Planungsstudie für die Sanierung durchführen. Der Verein soll außerdem bei der Beantragung zusätzlicher Mittel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm unterstützt werden und wird mit Eigenleistungen und der Einwerbung von Sponsorengeldern zur Realisierung des Vorhabens beitragen. In Abhängigkeit vom Ergebnis der Studie können dann 2019 bis zu 100.000 Euro für Planung und erste Umsetzungsschritte in 2019 eingesetzt werden.

Änderungen des B-Plans für das „Brunnenviertel“

Zwei sehr ähnliche Anträge hatten CDU/ANW und Grüne einerseits und DIE LINKE. andererseits im Geschäftsgang. Es gelang, diese in der Ausschussdebatte zusammenzuführen. Zwei ursprünglich für die Gewerbenutzung vorgesehene Teilflächen sollen nunmehr für eine soziale Nutzung umgewidmet werden. Zum einen soll ein Seniorenpflege- und wohnheim mit Betreutem Wohnen und medizinischer Tagespflege entstehen. Auf einer weiteren Teilfläche soll eine Kita mit 130 Plätzen realisiert werden. Das Verfahren soll im Wege eines städtebaulichen Vertrages mit dem Bauherren geregelt werden. Das Anliegen wurde mit breiter Mehrheit bestätigt.

Plastiken vom Staudenhof

Im Zuge des FH-Abrisses wurden auch die bisher im Innenbereich des Staudenhofs be-

findlichen Plastiken entfernt. Nach dem Willen der LINKEN. sollen diese einen neuen Aufstellungsort in unmittelbarer Nähe ihrer bisherigen „Heimat“ finden. Nachdem dieses Anliegen im Kulturausschuss Unterstützung fand, wurde es auch von den Stadtverordneten mit breiter Mehrheit mitgetragen.

Wohnen im Alter

Mit einem fraktionsübergreifenden Antrag unterstützen Grüne, LINKE., SPD und CDU/ANW das Anliegen des Seniorenbeirats zur Prüfung eines möglichst zeitnah zu realisierenden größeren Bauprojekts unter dem Aspekt der Verbesserung der Wohnraum-Versorgung älterer Menschen, z.B. durch Elemente des Service-Wohnens. Ein Bericht zu diesem Beschluss erwartet die SVV in ihrer Juli-Sitzung.

Modellversuch Zepelinstraße

Mit einem weiteren fraktionsübergreifenden Beschluss, den für DIE LINKE. Ralf Jäkel einbrachte, sprachen sich DIE LINKE., die CDU/ANW und die SPD gemeinsam gegen eine selbstverständliche Verstärkung der bestehenden Regelung aus. Die Verwaltung wird zu einem Katalog flankierender Maßnahmen aufgefordert, die sowohl die Verbesserung der Sicherheit für Fußgänger*innen, die Reduzierung der Ausweichverkehre durch die Brandenburger Vorstadt und die Verbesserung des ÖPNV-Angebots als auch die Verflüssigung des Kfz-Verkehrs zum Ziel haben. Außerdem sollen die bisherigen Beobachtungen der Auswirkungen bis auf weiteres fortgeführt und die Messungen durch zusätzliche Messpunkte validiert werden. Die Betrachtung der verkehrstechnischen Auswirkungen soll nach Süden in die Bereiche Lange Brücke, Babelsberger und Friedrich-Liszt-Straße ausgeweitet werden. Dieser Auftrag wurde einhellig beschlossen.

Überwiesen

Verkehrskonzept Krampnitz

Anpassungen am Verkehrskonzept für Krampnitz schlug DIE LINKE. mit einem weiteren Antrag vor, den Ralf Jäkel einbrachte. So soll sichergestellt werden, dass der TRAM-Anschluss des neuen Wohngebiets parallel zum 1. Bauabschnitt realisiert werden kann. Die Straßenbreite der Haupterschließung soll für einen Begegnungsverkehr auch von Bussen ausgelegt werden, um einen Ringverkehr zu ermöglichen. Die Zahl der Stellplätze soll auf mindestens 0,75 pro Wohneinheit angehoben werden, wobei für Wohnungen mit drei und mehr Räumen mindestens je ein Stellplatz vorzusehen ist. Die Verwaltung hatte hier eine Kennziffer von 0,5 vorgeschlagen. Der Antrag wurde zur weiteren Erörterung in den Bauausschuss und die Ortsbeiräte überwiesen.

Votum für das Rechenzentrum

Das Verhalten des Kuratoriums der Stiftung Garnisonkirche hatte bereits in der letzten Sitzung der SVV für breiten Unmut bei den Stadtverordneten gesorgt. Daraus entstanden gleich zwei Anträge, die sich mit der Zukunft des Kunst- und Kreativstandorts befassten. Zum Auftakt der Debatte sprach Joos van den Dool als Vertreter der Nutzer*innen zu den Stadtverordneten. Er machte in seinem Beitrag deutlich: die Mieter*innen benötigen Planungssicherheit. An den genutzten Räumen hängen Wirtschaftskraft für die Stadt und Existenzen für die Betroffenen - denn die allermeisten verdienen mit den im Rechenzentrum realisierten Projekten ihren Lebensunterhalt.

Dr. Karin Schröter äußerte bei der Antragseinbringung für DIE LINKE. noch einmal ihr Unverständnis zum Vorgehen des Stiftungskuratoriums, die bestehenden Verträge nur für ein Jahr, höchstens für 2 Jahre verlängern zu wollen. Im Rahmen des Szenario-Workshops waren einhellig - ohne Widerspruch auch von den Vertretern der Stiftung - klare Rahmenbedingungen vereinbart worden. Bis 2023 soll am Standort Plantage ein neues Kunst- und Kreativzentrum realisiert werden. Ein nahtloser Übergang vom Status quo in das neue Objekt muss gewährleistet werden. Mit der bisher nur angebotenen Verlängerung der Mietverträge um maximal 2 Jahre torpediert die Stiftung genau diese Rahmenbedingung. Und das ohne Not - eine Realisierung des Kirchenschiffs in den kommenden fünf Jahren ist selbst nach deren Planung völlig ausgeschlossen.

Beschlossen haben die Stadtverordneten schließlich zweierlei: zum einen wird der Oberbürgermeister aufgefordert, im Stiftungskuratorium die Verlängerung der Mietverträge um fünf Jahre nunmehr einzufordern. Das müsse unverzüglich geschehen, betonte Hans-Jürgen Scharfenberg. Die aktuellen Mietverträge laufen nämlich bereits im August aus. Zum zweiten soll die Verwaltung auf Antrag von SPD und CDU/ANW nun bis Juni einen Fahrplan vorlegen, wie die Ergebnisse des Szenario-Workshops umgesetzt werden sollen. Zuletzt war der Presse ja bereits zu entnehmen, dass die Stadt nach einem „gemeinwohlorientierten“ privaten Investor für das Projekt sucht. Bleibt zu hoffen, dass dies nicht der einzige Lösungsansatz ist.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils
18 Uhr
23. und 30. April; 07 und 14. Mai 2018

40. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal
02. Mai 2018, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

06. Mai 2018, Beginn 10 Uhr
Biosphäre Potsdam, Restaurant, Georg-
Hermann-Allee 99, 14469 Potsdam

Ausgabe des „Rathausreport“ Nummer 4/2018

Stadthaus, Raum 3.107
14. bis 16. Mai 2016 (Montag bis Mitt-
woch!)

Kleingärten – Teil des städtischen Grüns

Die Stadtfraktion der Partei DIE LINKE.Potsdam war sehr gut vertreten beim traditionellen Politfrühschoppen „Rathaus report live“ im Babelsberger Konsum-Café am Thalia-Kino. So konnte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg neben der überparteilichen OB-Kandidatin Martina Trauth die Fraktionsgeschäftsführerin Dr. Sigrid Müller, den Babelsberger Stadtverordneten Michél Berlin und Solveigh Sudhoff aus der Waldstadt begrüßen. Im ersten Teil der Veranstaltung informierte der Fraktionschef über die vergangene 39.SVV-Tagung. Im zweiten Teil stand der VGS-Geschäftsstellenleiter Christian Peschel Rede und Antwort zur Situation des Kleingartenwesens in der Landeshauptstadt, speziell in Babelsberg.

Über die aus Sicht der Linkspartei wichtigsten Ergebnisse für die Landeshauptstadt auf der SVV informierte Scharfenberg im Folgenden (siehe Innenteil dieser Zeitung). Hier hob er u. a. die Sorge der LINKEN um die Zukunft des Wohnkomplexes Staudenhof 10 und seiner Bewohner hervor. Als einen weiteren Schwerpunkt nannte er die Zukunft des „Minsk“. Hier unterstrich die OB-Kandidatin Trauth, sie habe zwar keinen persönlichen Bezug zum „Minsk“, sei jedoch für den unbedingten Erhalt des Gebäudes. Denn das sei im Sinne sehr vieler BürgerInnen Potsdams. Und sie setzte hinzu: „Baupolitik muss für die Menschen gemacht werden.“ In diesem Sinne sei auch der Erhalt des Rechenzentrums bis mindestens 2023 zu sehen, unterstrich Dr. Scharfenberg. Christian Peschel, seit Juli 2017 als Geschäftsstellenleiter des VGS im Amt, schilderte die schwierige Situation vieler Kleingärtner. In einem „Brandbrief“ hatte er die

Vorsitzenden der Mitgliedsvereine über die prekäre Situation seines Kreisverbandes informiert. Auf dem Frühschoppen stand nun die Situation speziell im Raum Babelsberg im Mittelpunkt. Denn gerade hier hat der VGS von ihm unterverpachtete Kleingärten verloren. So vor allem in den Vereinen „Selbsthilfe“, „Moosgarten“ und „Käthe Kollwitz“. Zurzeit steht der „Angergrund“ im öffentli-



Christian Peschel, Martina Trauth und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg im „Konsum“ Babelsberg

chen Fokus. Peschel: „Ich hoffe sehr, dass die Kleingärtner weiter stark bleiben.“ Und hier sei auch die Politik gefragt, so der VGS-Geschäftsstellenleiter. 2012 wurde bekanntlich zusammen mit der Stadt eine Kleingartenentwicklungskonzeption beschlossen, die besagt, dass bis zum Jahr 2022 keine Kleingärten überplant werden dürfen. Nun sollten kriselnde Vereinsgrundstücke mit einem Bebauungsplan belegt werden, um sie in ihrem Bestand zu retten. Und vor allem sollte allen bewusst werden: „Kleingärten sind kein Luxus!“ Peschel wies zu Recht darauf hin, dass Kleingärten Teil des städtischen Grüns sind. Und Martina Trauth legte nach, in dem sie betonte, dass es um den Erhalt dieser grünen Lungen gehen müsse. Dr. Scharfenberg sagte die traditionelle Solidarität und Unterstützung der LINKEN auch für die Zukunft zu. -bm

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam